

Gemeinde Strullendorf
Herrn Bürgermeister W. Desel
Forchheimerstr. 32
96129 Strullendorf

Stefan Zahner
Vorsitzender

Tiergartenstrasse 34a
96129 Strullendorf
Tel. 09543 - 9994
Neue.Liste@gmx.de

Strullendorf, den 26.10.2020

Betr.: Anfrage zu „Reichsbürgern“ und „Selbstverwalter“ (nachfolgend Reichsbürger)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Desel,

Vorbemerkungen

Laut dem Verfassungsschutzbericht 2019 sind der Gruppe der Reichsbürger in Deutschland knapp 20.000 Personen zuzuordnen (in Bayern knapp 4.000).

Grundsätzlich negieren Reichsbürger die Existenz des Staates, seines Rechtssystems und seiner Organe („Firma BRD“). Ihre hohe Militanz und Gewaltbereitschaft ist insbesondere 2016 durch den Tod eines Polizisten ins öffentliche Bewusstsein gerückt.

Die Neue Liste ist der Auffassung, dass im digitalen Zeitalter selbst dann ein erhebliches Gefahrenpotential für die demokratische Gesellschaft ausgeht, wenn es sich um eine zahlenmäßig kleine Gruppe handelt, eröffnet das Internet doch die Möglichkeit zum grenzenlosen virtuellen Gedankenaustausch und damit zur weiträumigen Vernetzung von zuvor isolierten Einzelpersonen.

Die Gemeinde Strullendorf wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten. Je nach Beantwortung dieser Fragen ergibt sich ein unterschiedlicher politischer Handlungsbedarf, weshalb die Antworten im Gemeinderat besprochen werden sollten.

1.) Sind der Gemeinde Strullendorf Personen von selbsternannten Reichsbürgern bekannt?
Wenn ja, um welche Größenordnung handelt es sich?

2.) Hat die Gemeinde Strullendorf Erkenntnisse darüber, wie viele Reichsbürger einen (kleinen) Waffenschein besitzen?
Gibt oder gab es Bestrebungen Reichsbürger, die Waffen besitzen, zu entwaffnen?

3.) Sind Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Gemeindeverwaltung von Reichsbürgern in der Vergangenheit belästigt, unter Druck gesetzt oder bedroht worden?
Wenn ja, sind diese Fälle zentral erfasst und/oder weitergeleitet worden?

4.) In welchen Bereichen ist es zu Problemen mit Reichsbürgern gekommen (Verweigerung von Gebühren- und Bußgeldzahlungen, administrative Schikanen)?
Wenn ja, wie ist in den entsprechenden Fällen verfahren worden?

5.) Haben Reichsbürger in der Vergangenheit einen Staatsangehörigkeitsausweis („Gelber Schein“) beantragt?

6.) Wurden Maßnahmen ergriffen oder Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung durchgeführt, um ggf. den Handlungen von Reichsbürgern wirksam zu begegnen?